

**Erschienen in:**

***Andreas Nowak, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz, Olaf Gerlach (Hrsg.): Peripherie und Globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt: Brandes&Apsel, S. 263-294***

**Eva Hartmann**

## **Die Rolle von transnationalen Wissensnetzwerken in der internationalen Entwicklungspolitik<sup>1</sup>**

### **Einführung**

Das Phänomen international auftretender Wissensnetzwerke, das in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat, wird mittlerweile in einer breitgefächerten Fachliteratur diskutiert. Damit gewinnt neben internationalen Organisationen und international agierenden Unternehmen eine neue Form von Akteuren an Aufmerksamkeit, die sich zum einen auf die Wissenschaft beziehen, aber gleichzeitig die Politik zu beeinflussen versuchen. Es wäre allerdings irreführend, die Annäherung zwischen Wissenschaft und Politik als ein neues Phänomen zu betrachten. Bereits die Konstitution des Nationalstaates war untrennbar mit der Einrichtung des Wissenschaftszweiges Staatswissenschaft verbunden, während der Ausbau des Sozialstaates mit einer weiteren Expansion der empirisch orientierten Sozialwissenschaft einherging. Als problemorientierte Sozialforschung ermöglichte sie eine enge Verbindung von Wissenschaft und Politik, die Peter Wagner und Björn Wittrock als Ausdruck einer breiten Reformkoalition betrachten (Wagner/Wittrock/Wollmann 1991: 44). Erklärtes Ziel dieser Koalition war die Lösung der sogenannten Sozialen Frage. Wirtschaftliches Wachstum und eine zunehmende Reformorientierung der politischen und ökonomischen Eliten, die sich in ihren Begründungsdiskursen auf die Wissenschaft beriefen, kennzeichneten

---

<sup>1</sup> Ich danke John Kannankulam, Christoph Scherrer und Jens Wissel für ihre Kritik und Anregungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags.

entsprechend die Industrieländer der 1960er und 1970er Jahren und führten zu einer Politik, die Wagner/Wittrock/Wollmann als eine „*rationalistic revolution*“ bezeichnen. Schon in den 1950er und 1960er Jahren kam es in den meisten Industrieländern zur Gründung von speziellen Forschungseinrichtungen, die je nach Land in unterschiedlicher Nähe respektive Distanz zu den Universitäten standen.<sup>2</sup> Seither haben sich jedoch zwei Momente verstärkt: Erstens sieht sich die empirische Sozialforschung, die gerade durch die öffentliche Mittelvergabe stark expandieren konnte, zunehmend auf Gelder von privaten Gebern angewiesen. Damit einher geht eine Reorganisation der Wissensproduktion, die eine Pluralisierung der Produktionsorte von politikrelevantem Wissen vorantreibt (Weaver 1989; McGann/Weaver 2000). Die Wissensproduktion findet, mit anderen Worten, verstärkt außerhalb der Universität statt. Diese neue Produktion bezeichnet Michael Gibbons als *Mode 2*, den er vom *Mode 1* der traditionellen Wissensproduktion unterscheidet:

„By contrast with traditional knowledge, which we will call Mode 1, generated within a disciplinary, primarily cognitive, context, Mode 2 knowledge is created in broader, transdisciplinary social and economic contexts.“ (Gibbons/Limoges/Nowotny/Schwartzmann/Scott/Trow 1994: 1)

Gibbons verweist damit auf das Paradox, dass gerade die zunehmende Bildungsexpansion, die zu einer Verallgemeinerung akademischen Denkens und zu einer Akademisierung der Politik geführt hat, mit einem Bedeutungsverlust der Universitäten einhergeht (Gibbons/Limoges/Nowotny/Schwartzmann/Scott/Trow 1994: 11). Neben der Diversifizierung der Wissensproduktion ist als zweites Moment eine Internationalisierung dieses Wissens, häufig in Form von transnationalen Wissensnetzwerken, zu beobachten.

Dieser Beitrag möchte einen Überblick über die Forschung zu diesen Wissensnetzwerken geben und auf diese Weise die Vielfalt dieser neuen Akteure skizzieren. So ausdifferenziert die Forschung hierzu heute ist, so

---

<sup>2</sup> In Schweden beispielsweise verfügten die Universitäten über eine starke Tradition praxisorientierter Forschung, so dass viele Institute diesen angegliedert wurden, während in Frankreich viele der Einrichtungen den *grand écoles* zugeordnet waren. In den USA und Westdeutschland dagegen entstand, initiiert durch die Verwaltung, ein „Markt“ für *Policy* Forschung, auf dem verschiedene kommerzielle Institute miteinander in Wettbewerb traten. Vgl. Wagner, Peter/Björn Wittrock u.a. (1991).

unbefriedigend sind jedoch die Erklärungsansätze für das Aufkommen dieser neuen Akteure. In einem zweiten Schritt sollen daher die Konturen eines alternativen Erklärungsansatzes umrissen werden, der sich an den Arbeiten von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas orientiert. Am Beispiel der internationalen Entwicklungspolitik und ihrer größten multilateralen Geberorganisation der Weltbank möchte ich in einem dritten Schritt erste konzeptionelle Überlegungen zur Diskussion stellen, die es erlauben, die Entstehung dieser neuen transnationalen Netzwerken als eine Antwort auf eine politische Krise zu verstehen, die mit einer grundlegenden Transformation der Weltwirtschaft und der internationalen Ordnung einhergeht und die durch das Ende des Ost-West-Antagonismus an Brisanz gewonnen hat. Ziel des Aufsatzes ist es weniger, abschließende Schlussfolgerungen zu präsentieren, als vielmehr Fragen aufzuwerfen, die den Horizont für weitere Forschungen skizzieren.

### **Transnationale Wissensnetzwerke**

Wissensnetzwerke werden von der Forschung in erster Linie als Akteure wahrgenommen. Die verschiedenen Untersuchungen sehen ein zentrales Charakteristikum dieser Netzwerke in ihrer *issue*-Orientierung. Die Mitgliedszugehörigkeit wird hiernach über ein gemeinsames Verständnis von Professionalität und über die daraus abgeleitete Wissensautorität in dem jeweiligen Bereich definiert. Gleichzeitig verweist die Mitgliederzusammensetzung bei den meisten Netzwerken auf eine interne thematische Vielfalt, die vielfach eine schnelle Rekonfiguration der inhaltlichen Ausrichtung ermöglicht. Die Veränderlichkeit und Flexibilität wird hierbei nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch verstanden. Thorsten Benner, Wolfgang Reinicke und Jan Witte sprechen in Anlehnung an Mark Granovetter von „*the strength of weak ties*“ (Witte/Reinicke/Benner 2000: 8). Dieser Logik entsprechend ließen sich gerade aufgrund der losen Koppelung relativ leicht neue Kommunikationskanäle aufbauen, wo alte versiegten, ohne dass der Zusammenhalt des Netzes gefährdet sei.

Im nachfolgenden werden vier verschiedene Ansätze zu Wissensnetzwerken vorgestellt, die innerhalb der Forschung stark rezipiert werden. In ihren Kategorisierungen von Wissensakteuren überschneiden sich diese Ansätze in Teilbereichen. In ihrem Kern skizzieren sie jedoch jeweils eine andere Form von Netzwerken, die durch eine spezifische Akteurskonstellation gekennzeichnet ist und eine unterschiedliche Nähe zu

den Bereichen Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft aufweist. Vier verschiedene Idealtypen von Wissensnetzwerken lassen sich hierbei herauskristallisieren: Erstens *epistemische Gemeinschaften*, zweitens *think tanks*, drittens *transnationale advocacy networks* und viertens *global public policy networks*.

### *Epistemische Gemeinschaften*

Die epistemische Gemeinschaft, ein Begriff, den Peter Haas stark prägte, besitzt einen klaren Bezug zur Akademie und zur Wissenschaft. Manche nennen diese Form von Netzwerken daher auch „invisible college“ (Davis/Salasin 1978) oder „university without students“ (Weaver 1989). So unterschiedlich die Bezeichnungen auch sind, alle Ansätze beschreiben die informellen und fachlichen Interaktionen auf Konferenzen und durch Fachzeitschriften als konstitutiv für diese Form von Gemeinschaft. Der Begriff epistemische Gemeinschaft war ursprünglich von John Gerard Ruggie 1975 eingeführt worden und rekuriert auf Überlegungen des Philosophen Michel Foucault zur *Episteme* (vgl. Ruggie 1975: 569f.). Haas verwendet jedoch den Begriff in Abweichung von Ruggie akteurszentriert und bezieht ihn auf eine konkrete Auswahl von Individuen, die eine gleiche Weltsicht teilen. Dabei unterscheidet Haas die epistemische Gemeinschaft klar von Interessensgruppen (Haas 1992: 16ff.). Gleichzeitig betont er die Differenz der epistemischen Gemeinschaft zu einer breiten wissenschaftlichen Gemeinschaft oder einer wissenschaftlichen Disziplin. Ihre Mitglieder können, so Haas, aus unterschiedlichen Disziplinen stammen, teilen jedoch ein gemeinsames Set an normativen und prinzipiellen Überzeugungen und kausalen Erklärungsmustern, die sie aus ihrer Forschung entwickelt haben, sowie Annahmen zur Validität von Forschung. Konsensuales Wissen sichert hierbei den Zusammenhang innerhalb der epistemischen Gemeinschaft. Die epistemische Gemeinschaft ist in der Definition von Haas

„a network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain or issue-area.“ (Haas 1992: 3)

Nach Haas ist es die zunehmende Komplexität von Politikfeldern, die eine hohe technische Kompetenz erfordert und die Koordination zwischen den

verschiedenen Staaten immer schwieriger macht, die zur Entstehung dieses Typs von Wissensnetzwerken beigetragen hat (Haas 1992: 10).

Den Einfluss epistemischer Gemeinschaften auf politische Entscheidungsprozesse beschreibt Haas als einen relativ indirekten. Die Erklärungsmuster, die epistemische Gemeinschaften vorschlagen, legen bestimmte Kausalitäten nahe und bringen verschiedene Probleme in einen Gesamtzusammenhang. Für politische Entscheidungsprozesse nicht unbedeutend, erlaubt die Herstellung von Kausalzusammenhängen die Wirkung von bestimmten politischen Handlungen zu bestimmen, sowie die Gewinner und Verlierer einer Entwicklung auszumachen. Haas sieht eine besonders hohe Rezeptionsbereitschaft ihrer Erklärungsmuster durch die Politik in Zeiten der Unsicherheit. Ihm zufolge unterstützt das Wissen epistemischer Gemeinschaften in solchen Momenten die Regierungen in ihrer Interessensfindung. Die zweite Einflussnahme sieht Haas in Form einer Koordinationsrolle, die Mitglieder epistemischer Gemeinschaften übernehmen. Eine solche Koordination verschiedener gesellschaftlicher Akteure erlaube es, mögliche Interessenkonflikte vorwegzunehmen und breite Koalitionen zu bilden, die eine bestimmte Politik unterstützen (Haas 1992: 14ff.). Trotz dieser Einflussnahme will Haas diese Wissensnetzwerke nicht einfach auf einen *policy entrepreneur* reduziert wissen, sondern beschreibt sie vielmehr als Diffusionskanäle, „through which new ideas circulate from societies to governments as well as from country to country.“ (Haas 1992: 27)

Epistemische Gemeinschaften stellen hiernach Wissen zur Verfügung, ohne direkt in die Politik eingreifen zu wollen. Auf internationaler Ebene sieht Haas ihren Einfluss in einem Art Stufenmodell wirken:

„To the extent to which an epistemic community consolidates bureaucratic power within national administrations and international secretariats, it stands to institutionalize its influence and insinuate its views into broader international politics.“ (Haas 1992: 4)

Haas betont jedoch auch die Möglichkeit der epistemischen Gemeinschaften, direkt auf internationale Politik einzuwirken, wenn es ihnen durch internationalen Wissensaustausch gelingt, eine kritische Masse von Regierungen für ihre Perspektive zu gewinnen. In einer solchen Situation wirken sie nicht nur durch ihre jeweiligen RegierungsvertreterInnen, sondern auch direkt auf die Gestaltung internationaler Politik durch internationale Organisationen.

### *Think tanks*

Eine genaue Definition von *think tanks* steht noch aus. Oft werden *think tanks* und epistemische Gemeinschaften austauschbar verwendet. Einige Ansätze stellen jedoch die stärkere Formalisierung von Organisationsstrukturen von *think tanks* im Vergleich zu den epistemischen Gemeinschaften in den Vordergrund (vgl. z.B. Stone/Garnett 1998). Viele Untersuchungen zu *think tanks* beziehen sich auf die nationale Ebene mit dem Schwerpunkt auf die USA und Großbritannien (siehe z.B. Stone 1996).

Donald Ableson unterscheidet in Bezug auf die USA vier Generationen von *think tanks* (Ableson 1998: 109f.). Die erste Generation beschreibt Ableson als *policy* Forschungsinstitute, die stark in der Sozialwissenschaft verankert waren. Viele dieser *think tanks* wurden um die vorletzte Jahrhundertwende gegründet und werden von Einzelpersonen oder von philanthropischen Stiftungen wie die *Carnegie Corporation* oder *Ford* und *Rockefeller Foundation* finanziell unterstützt. In ihrer Konzeption kommen sie den epistemischen Gemeinschaften, wie sie Haas beschreibt, am nächsten. Die Entstehung der zweiten Generation verortet Ableson in den 1950er/60er Jahren, als die Regierungen dazu übergingen, Forschungsaufträge zu vergeben. Diese zweite Generation verweist auf jene Entwicklung, die Wagner und Wittrock als „rationalistic revolution“ beschreiben. Die dritte Generation, die *advocacy think tanks*, gewannen nach Ableson erst in den 1980er Jahren an Bedeutung. Das besondere Merkmal dieser *think tanks* ist Ableson zufolge ihre starke politische Interventionsorientierung, die sie von ihren Vorgängern unterscheidet. Die vierte Generation sind die *vanity and legacy-based think tanks*. Sie verfügen in der Regel über ein eindeutigeres und limitierteres Mandat als die dritte Generation. Innerhalb der Forschung zu *think tanks* sind diese beiden letztgenannten Formen von Wissensakteuren vorherrschend. Häufig entstehen *think tanks* auf Initiative eines ehemaligen Politikers, wie zum Beispiel das 1982 gegründete *Carter Center*, das sich Menschenrechtsfragen widmet und mittlerweile über 150 Beschäftigte und ein Jahresbudget von 36 Millionen US-\$ verfügt (Carter Center 2004). Ein weiterer *think tank* diesen Typs, der gewissermaßen für die Transformation zur direkten Politikberatung hin steht, ist *Freedom House*, eine Nichtregierungsorganisation, die bereits von Eleanor Roosevelt ins Leben gerufen wurde und heute von namhaften Stiftungen wie der *Ford Foundation* und der *Soros Foundation* unterstützt wird. Dieser *think tank*, der

gegenwärtig über ein Jahresbudget von 17 Millionen US-\$ verfügt, publiziert seit 1972 jährlich einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in verschiedenen Ländern (Freedom House 2004). Sein *Freedom House Index* beansprucht Auskunft über die Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit eines Landes geben zu können und ist zu einem Referenzpunkt für Politik und Wirtschaft geworden. Die deutsche Bertelsmann Stiftung nahm diese Idee auf und erstellte einen eigenen *Bertelsmann Index of Development and Transformation*. In die Indexbildung gehen hierbei nicht nur Angaben zur Demokratieentwicklung eines Landes ein, sondern auch dessen Transformation hin zu einer marktwirtschaftlichen organisierten Ökonomie (vgl. Bertelsmann Foundation 2004). Dies sind nur markante Beispiele für eine zunehmende Anzahl international agierender *think tanks*.<sup>3</sup> Sie machen gleichzeitig deutlich, dass der Bezug auf die Massenmedien eine viel wichtigere Rolle bei den *think tanks* spielt als bei den epistemischen Gemeinschaften. *Think tanks* vermitteln hiernach nicht nur zwischen Wissenschaft und Politik, sondern zielen stärker auf eine Einflussnahme der öffentlichen Meinung ab.

Einen zentralen Grund für die Entstehung gerade dieser beiden letzten *think tank* Typen, den *advocacy think tanks* und den *vanity and legacy-based think tanks*, in den USA sieht Abelson in der Unzufriedenheit bestimmter sozialer Kräfte mit der bestehenden Politik:

„The growth of conservative, neo-conservative and liberal think tanks during this period [of the late 1960s and early 1970s, EH] clearly reflected a breakdown in consensus in the foreign policy-making establishment over America’s role in world affairs.“ (Abelson 1998: 117)

Diese Gründe, die Abelson für den US-amerikanischen Kontext aufführt, scheinen auch auf andere Länder zuzutreffen (vgl. Stone/Garnett 1998: 16; Stone 2002b: 15). Doch zentrale Bedingungen für diese Akteurskonstellation ist die Bereitschaft von Unternehmen zu großzügigen Spenden, sowie ein Steuersystem, das solche Spenden gut absetzen lässt, die beide in den USA in ausgeprägtem Maße vorhanden sind, wie Abelson betont. Verstärkend wirke darüber hinaus das Parteiensystem der USA, bei dem sich die Kongressabgeordneten weniger als andernorts an eine Parteilinie halten müssten. In der Folge orientieren sie sich, so Abelsons Einschätzung, stärker

---

<sup>3</sup> Für eine Liste von internationalen *think tanks* siehe <http://www.worldpress.org/library/ngo.htm> (01. 06. 2004).

an den Politikvorschlägen von *think tanks* (Abelson 1998: 117). Möglicherweise lässt sich diese Überlegung auf internationale Organisationen übertragen, in denen die RegierungsvertreterInnen und die Bürokratie nicht immer notwendigerweise an die politische Agenda der führenden Partei in ihren Ländern gebunden sind und daher eher gewillt sind, auf die Expertise von *think tanks* zurück zu greifen.

Im Interesse einer besseren analytischen Trennschärfe zwischen den bisher vorgestellten Konzepten von Wissensakteuren können epistemische Gemeinschaften und *think tanks* hinsichtlich der Wissensform, der Produktionsbedingungen und der Adressaten kontrastiert werden. Epistemische Gemeinschaften stellen hiernach vorwiegend Grundlagenwissen zur Verfügung, das sich weniger durch eine direkte Anwendungsbezogenheit auszeichnet, als vielmehr durch das Aufzeigen von Kausalzusammenhängen. Entsprechend erfolgt die Rezeption dieses Wissens in erster Linie über ein Fachpublikum. Das Wissen von *think tanks* hingegen ist aufgrund seiner Interventionsorientierung stärker anwendungsbezogen konzipiert. Gleichzeitig rekurriert es aber auf das akademische Wissen epistemischer Gemeinschaften. In diesem Sinn handelt es sich bei der Konzeption der jeweiligen Wissensformen nicht um zwei sich ausschließende Formen, da beide Typen sich in ihren Legitimationsstrategien auf wissenschaftliches Wissen beziehen. Jedoch weisen sie einen unterschiedlichen Grad von relativer Autonomie in Bezug auf das politische System auf. Ein Kriterium, um diese Unabhängigkeit zu messen, ist sicherlich die Finanzierung. Nach den Forschungsergebnissen von Stone/Garnett (1998) stellen *think tanks* in der Regel ihre Expertise ähnlich wie die epistemischen Gemeinschaften kostenlos zur Verfügung. Das heißt ihre Finanzierung macht sie zwar relativ unabhängig von den politischen Akteuren, jedoch umso abhängiger von gesellschaftlichen Akteuren, die Reichtum akkumulieren konnten. Zunehmend jedoch tritt diese Form von Wissensnetzwerken auf internationaler Ebene auch als kommerzieller Berater im *Policy Advice Market* auf oder engagiert sich in der Fortbildung für MitarbeiterInnen der internationalen Organisationen (für den Bildungsbereich siehe McGrath 2001). Damit verschiebt sich die Abhängigkeit weg von privaten Geldgebern hin zu Regierungsorganisationen. Dieser Trend verweist auf ein zunehmendes Eigeninteresse von internationalen Organisationen an neuen Wissensakteuren, das bis zur Gründung von Wissensnetzwerken durch die Organisationen selbst reichen kann. Am Beispiel der Weltbank als Wissensbank soll dieser Trend später nochmals ausführlicher diskutiert werden. Um die Verbindung zwischen *think tanks* und internationalen

Organisationen bestimmen zu können, schlägt Raymond Struyk eine hilfreiche Kategorisierung entlang der Autonomiegrade von Wissensnetzwerken vor. Struyk nennt drei vorherrschende Typen von Netzwerken, die „*open assembly*“, „*association of think tanks under donor leadership or official patronage*“ und „*association of think tanks under single organization leadership*“ (Struyk 2002). Gewissermaßen als eine besondere Form einer *open assembly* kann der nachfolgende Netzwerktypus verstanden werden, der innerhalb der Forschung zu Nichtregierungsorganisationen stark rezipiert wird. Kennzeichen dieser Netzwerkform ist eine relative Autonomie gegenüber dem Establishment.

#### *Transnational advocacy networks*

Margret Keck und Kathryn Sikkink, die *transnational advocacy networks* (TANs) untersuchen und als Begriff prominent gemacht haben, verstehen unter dieser Netzwerkform eine breite Akteurskonstellation, die von AktivistInnen lokaler sozialer Bewegungen über prominente Intellektuelle, VertreterInnen von internationalen und nationalen NGOs, Forschungseinrichtungen, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Konsumentenvereinigungen bis hin zu regionalen und internationalen Organisationen reichen kann. In ihrem Versuch transnationale Wissensnetzwerke und soziale Bewegungen zusammen zu bringen, beziehen sie sich auf den Begriff der „*policy community*“ von Stephen Brooks, der mit diesem Begriff die Trennung zwischen sozialen Bewegungen und Interessensgruppen auflösen will (Keck/Sikkink 1998: 31). In ihrer Interventionsorientierung unterscheiden sich diese Akteure hiernach wenig von den *think tanks*. Allerdings divergieren die Felder, in die sie intervenieren. Keck/Sikkink betonen, dass TANs in erster Linie auf eine Veränderung von gesellschaftlichen Normen und Werten aus sind, während sie gleichzeitig eine Informationspolitik forcieren, die die Politik unter moralischen Druck setzen will. In diesem Sinn seien sie stärker an der Zivilgesellschaft als am politischen System orientiert (Keck/Sikkink 1998: 17). Mit dem Begriff „*Frame alignment*“, der auf konzeptionelle Überlegungen des Bewegungsforschers David Snow rekurriert, beschreiben Keck/Sikkink in ihrer Untersuchung, wie TANs um die öffentliche Aufmerksamkeit für Ereignisse und Vorkommnisse zu erhöhen diese mit Alltagserfahrungen verknüpfen. Dieser Typ von Wissensnetzwerk arbeitet entsprechend eng mit Massenmedien zusammen, um so eine breitere

Öffentlichkeit beeinflussen zu können. Keck/Sikkink stellen in ihrer Arbeit heraus, wie die TANs durch symbolische Politik oder *Frames*, wie sie es nennen, zu einer gewissen populistischen Simplifizierung neigen, die eine eindeutige Unterscheidung von falsch und richtig anbietet und es erlaubt, Verantwortliche für soziale Missstände auszumachen (Keck/Sikkink 1998: 19). Auch wenn dieser Wissensnetzwerktyp durchaus wie die anderen Netzwerktypen auf wissenschaftliche Diskurse rekurriert, propagiert er klare und kurze Kausalzusammenhänge.

In ihrer Forschung zeigen Keck/Sikkink auf, wie den TANs von politischen Entscheidungsträgern oft ein Insider-Status abgesprochen wird, was bei *think tanks* weniger häufig der Fall ist. Diese Differenz beim Zugang zur politischen Elite ist für die nachfolgende Kontextualisierung von Wissensnetzwerken in ihrer relativen Autonomie nicht unwichtig. Den möglichen Zugangsschwierigkeiten stellen Keck/Sikkink jedoch die große Mobilisierungskraft vieler TANs gegenüber, die es ihnen als soziale Bewegung erlaubt, moralischen Druck auf die Politik auszuüben. Politischen Einfluss können TANs auf der internationalen Ebene durch den „Boomerang-Effekt“, der zugleich die Entstehung dieser Netzwerke begründet, erlangen (Keck/Sikkink 1998: 12ff.): Wenn in einem Land die Kanäle zwischen der Regierung und nationalen Akteuren blockiert seien, umgingen Nichtregierungsorganisationen den nationalen Staat auf der Suche nach internationalen Allianzen, um so von außen den Druck auf ihre eigene Regierung zu erhöhen.

Resümierend kann für die ersten drei Netzwerktypen gesagt werden, dass sie alle als Initiatoren von neuem Wissen beschrieben werden. Eine Wirkung erreichen sie allesamt jedoch erst durch eine breite Koalitionsbildung. Mit Maarten Hajer können diese Netzwerktypen als Ausgang eines neuen Diskurses betrachtet werden, die ihre Wirkung durch eine Diskurs-Koalition erweitern, die bei Erfolg in eine Diskursstrukturierung mündet d.h. als allgemeingültige Perspektive von einer breiten Gesellschaft übernommen wird. Erst nach einer solchen „Normalisierung“ kommt es nach Hajer zur Etablierung von entsprechenden Institutionen und bestimmten Organisationspraktiken, die Hajer Diskursinstitutionalisierung nennt (Hajer 1993: 47ff.; vgl. auch Stone 2002b: 21; Fischer 2003).

In einem solchen Phasenmodell ist der nachfolgend beschriebene vierte Netzwerktyp der letzten Phase, der Diskursinstitutionalisierung, zuzuordnen. Es handelt sich hier um die *global public policy networks*, ein Netzwerktyp, den Wolfgang Reinicke, ehemaliger Seniorökonom der *Corporate Strategy*

*Group* der Weltbank und *Fellow* des *World Economic Forum*, durch seine Forschung prominent gemacht hat.

#### *Global public policy networks*

Reinicke betrachtet die Entstehung von *global public policy networks* als eine Reaktion auf transnationale Probleme wie Luftverschmutzung, Malaria oder Aids, die von nationalen Regierungen nicht alleine bewältigt werden können. Mit anderen Worten: Ein Regulierungsdefizit wird hier als Entstehungsursache angeführt. Häufig von internationalen Organisationen ins Leben gerufen und von Wirtschaftsakteuren begrüßt, weisen diese Netzwerke in der Konzeption von Reinicke eine trisektorale Struktur auf, d.h. sie bestehen aus VertreterInnen von Regierungen resp. internationalen Organisationen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Insofern verfügt dieser Netzwerktyp über eine formalisiertere Struktur als die zuvor beschriebenen. Thorsten Benner, Wolfgang Reinicke und Jan Martin Witte unterscheiden in ihrer Studie fünf verschiedene Funktionen, die *global public policy networks* ausüben können (Witte/Reinicke/Benner 2000). Die erste Funktion orientiert sich sehr eng an der Konzeption des *policy entrepreneur* und betont die Rolle von *global public policy networks* (GPPN) bei der Einbringung neuer Themen in die internationale politische Agenda. Die zweite Funktion der *global public policy networks* bezieht sich auf das Sammeln und Verbreiten von Wissen und unterscheidet sich insofern ebenfalls nicht wesentlich von der Tätigkeit der *think tanks* und *TANs*. In ihrem Wirken als Moderatoren bei Verhandlungen und beim Durchsetzen von globalen Standards nimmt dieser Netzwerktypus jedoch eine Funktion ein, die über die bislang diskutierten hinausgeht. Die Autoren betonen die Wichtigkeit solcher trisektoralen Netzwerke bei Konflikten und nennen als Prototyp die *World Commission on Dams* (WCD), die als trisektorale Verhandlungs- und Konfliktschlichtungsstelle eingeführt wurde, als sich in den 1980er Jahren verstärkt Widerstand gegen Staudammprojekte zu organisieren begann. Eine vierte Funktion dient der Marktförderung. GPPNs bringen hier beispielsweise Kleinstunternehmer, staatliche VertreterInnen und Banken zusammen oder treten als Vermittler zwischen regionalen Märkten und multinationalen Unternehmen auf, wie im Falle des Netzwerkes *Medicine for Malaria Venture*, das mit dem Ziel gegründet wurde, Anreize für die Pharmaindustrie zu schaffen, kostengünstige Antimalaria-Mittel für arme Länder zu entwickeln und deren Absatz in diesen Ländern zu sichern.

Diese strukturierende und regulierende Wirkung kommt in der Implementierungsfunktion, der fünften und letzten Funktion, die Witte/Reinicke/Benner beschreiben, noch stärker zum Tragen. GPPNs, die diese Funktion übernehmen, sind Teil eines innovativen Implementierungsmechanismus im Rahmen von internationalen Verträgen. Als Beispiel nennen die Autoren die *Global Environment Facility* (GEF), eine Geberorganisation, die 1991 gegründet wurde um Umweltschutzprojekte in Entwicklungsländern zu fördern. Diese Organisation verbindet einen konventionellen zwischenstaatlichen Ansatz mit einer Netzwerk-Dimension. Gerade der Einbezug von neuen Akteuren bei der Entwicklung, Planung und Durchführung von Umweltschutzprojekten soll dazu dienen, den Umweltschutzauftrag erfolgreicher durchzuführen. Mit den drei letztgenannten Funktionen übernehmen GPPNs mit anderen Worten Aufgaben, die bis zum Überwachen und Vorantreiben der Implementierung von bestehenden internationalen Verträgen reichen. Eine solche Rolle ist insofern bemerkenswert, als die Netzwerke damit ihre Rolle als Wissensproduzenten im engeren Sinn verlassen und eine exekutive Funktion einnehmen, wenn auch in der Regel in Kooperation mit staatlichen VertreterInnen. In diesem Sinn verfügt dieser Netzwerktypus über die geringste Unabhängigkeit von politischen Akteuren, allerdings verfügt er gleichzeitig über einen hohen gesellschaftlichen Einfluss als Teil einer Überwachungs- und Durchführungsinstanz. Diese Entwicklung kann in den Kontext eines Trends zur Entstaatlichung von Überwachungs- und Regulationsmechanismen gestellt werden, auf den verschiedene Untersuchungen hinweisen (für die EU siehe Raza 2001).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese vier verschiedenen Idealtypen von Netzwerken trotz einiger Überschneidungen auf sehr unterschiedliche Funktionen und Wirkungsweisen von Wissensnetzwerken verweisen. In ihrer Gesamtheit verweisen sie auf eine Transformation internationaler Politik. So informativ die Netzwerkforschung auch ist, so wenig vermögen die Erklärungsansätze für die neue Bedeutung dieser Wissensakteure zu überzeugen. Haas sieht in der zunehmenden Komplexität internationaler politischer Entscheidungsprozesse den Grund für die zunehmende Bedeutung. Wie gezeigt wurde, argumentieren die Vertreter des *global public policy network* Ansatzes vergleichbar, während Keck/Sikkink stärker aus einer bewegungstheoretischen Sicht die Unzufriedenheit mit der Politik zum Ausgangspunkt ihrer Begründung nehmen. In eine ähnliche Richtung gehen die Ansätze zu *think tanks*, auch wenn ihrer Konzeption eher die Vorstellung von *pressure groups* zugrunde liegt, die ihre Interessen

durchsetzen wollen. Im Nachfolgenden möchte ich mit dem Neo-Gramscianismus einen Ansatz skizzieren, der eine breitere gesellschaftstheoretische Perspektive einnimmt, indem er erlaubt das Auftreten dieser Wissensakteure in den Kontext einer Reorganisation des Verhältnisses zwischen politischer, zivilgesellschaftlicher und ökonomischer Sphäre zu stellen. In der Tradition materialistischer Theorie fragt dieser Ansatz nicht nach der Optimierung von Regulationsweisen gesellschaftlicher Prozesse, sondern nach dem jeweiligen Modus der Widerspruchsbearbeitung einer Gesellschaft. Im Gegensatz zu stark strukturalistisch orientierten marxistischen Ansätzen, die gesellschaftliche Entwicklungen in erster Linie von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bestimmt sehen, negiert dieser Ansatz wohl nicht die Wichtigkeit der Ökonomie, betont aber gleichzeitig die relative Eigenständigkeit politischer Entwicklungen, die wiederum Einfluss auf die Produktionsverhältnisse nehmen. Wie der Name schon sagt, rekurriert dieser Ansatz auf zentrale Überlegungen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Im Rekurs auf staatsrechtliche Überlegungen, wie sie Nicos Poulantzas formulierte, soll dieser Ansatz in einem nächsten Schritt weiterentwickelt werden. Diese theoretischen Bezüge erlauben die zunehmende Bedeutung von Wissensnetzwerken vor dem Hintergrund einer fundamentalen Transformation der Weltwirtschaft und der internationalen Beziehungen zu betrachten.

### **Gramscis Hegemonietheorie**

Antonio Gramsci schlug in seiner Theorie eine interessante Neukonzeption des Begriffs Zivilgesellschaft vor, die er mit dem Begriff der Hegemonie und der passiven Revolution zusammen bringt (Gramsci 1995 [1932-1935]; vgl. auch Votsos 2002). In kritischer Weiterentwicklung der marxistischen Theorie betont Gramsci die Bedeutung des sogenannten Überbaus und differenziert diesen stärker aus, als es marxistische Ansätze zu seiner Zeit taten, indem er dem Überbau eine weitere Dimension zufügte: die Zivilgesellschaft. Wenn Gramsci nun fragt, woher der Staat seinen Rückhalt gewinnt, fällt sein Blick nicht allein auf die ökonomischen Verhältnisse, sondern auch auf die entsprechende Konfiguration der Zivilgesellschaft, die das Ensemble „der gemeinhin ‚privat‘ genannten Organismen“ (Gramsci 1996 [1932-1935]: 1502) enthält, wie Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Massenmedien, aber auch Universitäten, um nur einige Bereiche zu nennen. Gramsci geht es hierbei nicht um die öffentliche oder private Natur solcher

Organismen, vielmehr hebt er auf deren besondere Funktion als Teil der Zivilgesellschaft bei der Bearbeitung von gesellschaftlichen Widersprüchen ab. Im Gegensatz zur *società politica*, die über eine direkte Herrschaft qua staatliches Gewaltmonopol verfügt, dient die Zivilgesellschaft der Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses in Bezug auf Normen und Werte; kurz: über die Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens. Dieser Konsens ist Ausdruck einer ganz spezifischen historischen Kräftekonstellation, die Gramsci *historischen Block* nennt. Alex Demirovic beschreibt im Anschluss an Gramsci diesen Konsens

„als die Denken und Fühlen umfassende kompakte Einheit einer kollektiven, die Klassen übergreifenden und staatlich sanktionierten Lebensweise.“ (Demirovic 2001: 61)

Den Prozess der Hegemoniewerdung einer Klasse und damit einer Lebensweise schematisiert Gramsci aus einer klassentheoretischen Perspektive in drei Stufen, bei der in einer ersten Stufen die aufstrebende Klasse sich ihrer eigenen Interessen bewusst werden muss, um so allmählich in einem zweiten Schritt das Bewusstsein einer Einheit als eine soziale Klasse zu entwickeln. Damit setzt Gramsci die Interessen nicht einfach voraus, sondern verweist auf deren Konstitutionsprozess. Erst in einer dritten Phase überwindet die aufstrebende Klasse ihre Fixierung auf die eigenen Interessen im bornierten Sinn und beginnt ein ethisch-moralisches Projekt zu formulieren, das auf die Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse abzielt. Die aufstrebende soziale Klasse formuliert hierbei einen Führungsanspruch, bezieht aber gleichzeitig die konkreten Interessen der alliierten Kräfte in ihr sozio-ökonomisches Reformprojekt mit ein (siehe auch Augelli/Murphy 1988: 131). Diese materielle Dimension der Einbindung ist für Gramsci der zentrale Grund, warum die Hegemonie nur von denjenigen Klassen ausgeübt werden kann, die eine zentrale Rolle in der Wirtschaft spielen. Die Inhalte des zivilgesellschaftlichen Konsenses sind hiernach stark von den Interessen der dominanten Gruppe bestimmt, ohne darauf reduziert werden zu können. Der Konsens wird vielmehr als Resultat eines widersprüchlichen Verallgemeinerungsprozesses von partikularen Interessen betrachtet, durch den es dominanten Gruppen gelingt, eine ethisch-moralische Führung für sich zu beanspruchen, die in der Folge ihre politische Führung legitimiert, ohne auf den Widerstand der unterlegenen Gruppen zu stoßen. Im Gegenteil: Diese akzeptierten die Überlegenheit der dominanten Gruppen und damit ihre eigene Unterlegenheit. Der Gewalt der Herrschenden

kommt der gramscianischen Perspektive zufolge dann eine zentrale Rolle zu, wenn die Unterlegenen die Führung der Herrschenden nicht akzeptieren. Oder in Gramscis Worten:

„(...) die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe äußert sich auf zweierlei Weise, als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘. Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber der gegnerischen Gruppen, die sie ‚auszuschalten‘ und mit Waffengewalt zu unterwerfen trachten, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muss sogar bereits führend sein, bevor sie die Regierungsgewalt erobert (das ist einen der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und fest in Händen hält, wird sie herrschend, muss aber weiterhin auch ‚führend‘ sein.“ (Gramsci 1998 [1934-36]: 1947)

In diesem Sinn nimmt nach Gramsci die *società civile* eine organisatorische und verbindende Funktion ein, um die Herrschaft der *società politica* zu sichern. Zusammen bilden sie eine Einheit, die Gramsci den „Erweiterten Staat“ nennt.

In der Konstitution der „richtigen Lebensweise“ weist Gramsci den Intellektuellen eine wichtige Rolle zu. Als organische Intellektuelle stehen sie Gramsci zufolge in einem spezifischen Verhältnis zu ihrer, der dominanten Klasse, und verfügen daher über eine bestimmte Autonomie. Intellektuelle versteht Gramsci folglich nicht als eine unabhängige Klasse, sondern betrachtet sie als in einem organischen Verhältnis zur aufsteigenden sozialen Gruppe stehend (vgl. Poulantzas 2002 [1978]: 88f.). Die Intellektuellen verfügen aus dieser Sicht aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit über Prestige und üben eine solche Anziehungskraft auf die Intellektuellen anderer sozialen Gruppen aus, dass letztere sich ihnen unterordnen. So entsteht nach Gramsci ein System der Solidarität zwischen allen Intellektuellen unter der Führung der Intellektuellen der herrschenden Klasse, deren Aufgabe es ist, ein Programm zu formulieren, das klassenübergreifende Orientierung schafft und die Problemlösungs- und Führungskompetenz der herrschenden Klasse unterstreicht. Die „richtige Lebensweise“ bildet die Fluchtlinie eines solchen Programms (siehe auch Votsos 2002).

### **Der neo-gramscianische Ansatz**

Robert Cox übertrug als einer der ersten Gramscis Hegemoniekonzept auf die Theorie internationaler Beziehungen, um so einen Ansatz zu generieren, der die Rolle ökonomischer Verhältnisse bei der Ausgestaltung internationaler Politik in den Blick nimmt, ohne diese Prozesse deterministisch aus den ökonomischen Verhältnissen abzuleiten. Oder in Cox' Worten:

„Die dominanten, ökonomischen Globalisierungstendenzen werden durch einen Prozess der kulturellen Hegemonisierung begleitet und beschleunigt.“ (Cox 1998: 112)

Neben der Betonung der Eigenständigkeit des Überbaus erlaubt der Bezug auf Gramscis Hegemonietheorie den Hegemoniebegriff, wie er von (neo-)realistischen Ansätzen innerhalb der Internationalen Beziehungen (IB) verwendet wird, neu zu bestimmen (vgl. z.B. Grieco 1988). Internationale Hegemonie ist hierbei nicht mehr einfach gleichgesetzt mit der Dominanz eines Staates, sondern Ausdruck eines komplexen Prozesses, den der neo-gramscianische Ansatz in Analogie zu Gramscis Phasen einer aufsteigenden sozialen Gruppe bis hin zur Staatswerdung denkt. Globale Hegemonie beinhaltet infolgedessen immer eine zweifache Struktur: die Hegemonie einer Klasse und eines Staates. Christoph Scherrer spricht von einer „doppelten Hegemonie“ (Scherrer 2001). Die Veränderung dieser Hegemoniewendung ist Gegenstand der neo-gramscianischen Forschung. Dabei reagiert diese theoretische Ausrichtung auf die Einschätzung vieler IB Ansätze, die von einer fundamentalen Transformation der internationalen Ordnung seit den 1970er Jahren ausgehen, die die Nachkriegsordnung abzulösen beginnt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine internationale Ordnung unter der Führung der USA, die gemeinhin als *Pax Americana* bezeichnet wird und die sich durch eine relative Stabilität auszeichnete. Diese Ordnung beschreibt Cox als Ergebnis eines Richtungsstreits zwischen den dominanten Siegermächten, den USA und Großbritannien, über die Zukunft der Weltordnung. Die einen sozialen Kräfte, die Cox in den USA der 1950er Jahre der *Wall Street* und dem Außenministerium zuordnet, setzten sich für einen freien Welthandel ein, während das Finanzministerium an dem *New Deal* Erbe festhalten wollte. Unter Leitung von Lord Keynes, der Chefunterhändler für die Britische Regierung war, kam es nach Cox zu einem Kompromiss bei den Verhandlungen zur Nachkriegswelthandelsordnung, der eine offene Weltökonomie zum Ziel hatte, jedoch gleichzeitig auch an einer intervenierenden Rolle des Staates festhielt (vgl. Cox 1987: 213-219). Mit Kees van der Pijl könnte man von der Internationalisierung des *New Deals*

sprechen, die eine Weltökonomie vorantrieb, die den Interessen der Alliierten entgegenkam (vgl. van der Pijl 1984). Die Eliten aus den Ländern des Südens<sup>4</sup> wurden hierbei in Form einer passiven Revolution von den dominanten sozialen Kräfteverhältnissen eingebunden (vgl. Sasson 2001). Erst eine solche Kooptationspolitik, die es erlaubte möglichen Widerstand zu desartikulieren, sicherte nach Cox die Hegemonie des internationalen Kapitals in der Nachkriegszeit:

„Im Streben nach Hegemonie besteht ein Hauptproblem für das internationale Kapital darin, die Effekte der Marginalisierung von etwa einem Drittel der Weltbevölkerung zu neutralisieren, um zu verhindern, dass durch die Armut die Revolten stimuliert werden.“ (Cox 1998: 65)

Angeheizt durch die Weltwirtschaftskrise der 1970er und 1980er Jahre kam es zu einer fundamentalen Veränderung dieser Ordnung, die Cox als eine Verschiebung von einer internationalen Wirtschaft mit ökonomisch relativ eigenständigen Staaten hin zu einer Weltökonomie beschreibt (vgl. Cox 1987: 244ff.; Gill 1990: 88). Der Prozess der Internationalisierung der Produktion wie auch der Finanzmärkte wurde ermöglicht und angetrieben von einer Reform der *Bretton-Woods* Organisationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die eine stärkere Mobilität des Finanzkapitals erlaubte. Große Unternehmer gingen zunehmend dazu über, in Schwellenländer direkt zu investieren und arbeitsintensive Produktion dorthin auszulagern. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Organisation der globalen Arbeitsprozesse und der Wertschöpfungskette. Während in vielen Schwellenländern eine Neo-Taylorisierung der Arbeitsprozesse zu beobachten ist, wird am anderen Ende der Wertschöpfungskette die Rolle von Wissen für den Produktivitätsanstieg betont. Ein prominenter Autor, der dieses letztere Moment in seinen Untersuchungen beschreibt, ist Manuel Castells. Während wissenschaftliches Wissen aufgrund der die Arbeitsprozesse strukturierenden Trennung in Kopf- und Handarbeit immer schon eine zentrale Rolle innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise spielte, sieht Castells heute ein neues technologisches Paradigma entstehen. Wissen werde nun nicht mehr nur angewendet, um in seiner fortwährenden Wiederholung Massenprodukte anzufertigen, sondern vielmehr um neues Wissen zu erzeugen. In diesem neuen Paradigma modifiziert eine kumulative

---

<sup>4</sup> Bei der Bezeichnung Länder des Südens und des Nordens handelt es sich nicht um eine geografische Verortung, sondern um eine ökonomische entlang des Industrialisierungsgrades und des nationalen Wohlstandes.

Rückkoppelungsspirale die Beziehung zwischen Innovation und Anwendung, so Castells zentrale These. Das Werkzeug verändere sich entsprechend in seiner Anwendung permanent und werde damit selbst zum Prozess. Jede Anwendung beinhalte folglich selbst schon eine Innovation (Castells 2001: 34; vgl. auch Hardt/Negri 2001: 365). Aus dieser Perspektive findet eine immer enger werdende Beziehung zwischen sozialen Prozessen, die Symbole schaffen und manipulieren – der Kultur der Gesellschaft –, und den Produktivkräften statt, die es ermöglichen Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu verteilen. Castells sieht insbesondere in den globalisierten Finanzmärkten das Rückgrat dieser neuen globalen Wirtschaftsform, der eine neue Produktionsweise inhärent sei, die Castells eine informationelle nennt:

„Es ist die historische Verknüpfung zwischen der Wissens- und Informationsbasis der Wirtschaft, ihrer globalen Reichweite, ihrer auf Netzwerken beruhenden Organisationsformen und der informationstechnologischen Revolution, die zur Geburt eines neuen, von anderen klar unterschiedenen Wirtschaftssystems geführt hat.“ (Castells 2001: 83)

Moulier-Boutang, ein wichtiger Vertreter der Regulationstheorie, bezeichnet diese Entwicklung als einen kognitiven Kapitalismus, in dessen Zentrum die Unterwerfung des Wissens unter die Kapitalform steht. Wissen wird entsprechend direkt in Wert gesetzt (Moulier-Boutang 2001).

Dieser Wandel, der hier nur kurz skizziert werden kann, führt zu einer stärkeren Präsenz von Privatbanken und Privatunternehmen auf internationaler Ebene. Cox spricht von einer Pluralisierung internationaler Vertragsbeziehungen, die letztendlich zu einer Krise der bestehenden internationalen Beziehungen führte. Oder wie es Cox formuliert:

„[D]uring the 1970s, private transnational banks assumed such an important role that the top management structure could no longer be convincingly represented exclusively in terms of state and interstate institutions.“ (Cox 1987: 301)

Das Stufenmodell, wonach die hegemoniale Gruppe der mächtigen Nationalstaaten unter der Führung der USA durch das Nadelöhr der RegierungsvertreterInnen die richtige Lebens- und Entwicklungsweise in die internationale Politik im allgemeinen und die Entwicklungspolitik im

besonderen hinein formulierte, hatte hiernach seine Akzeptanz verloren und führte zur konstatierten Hegemoniekrise in den 1970er und 1980er Jahren.

Uneinigkeit besteht zwischen den verschiedenen VertreterInnen des neogramscianischen Ansatzes, wie die Situation in den 1990er Jahren einzuschätzen ist. Während Cox das Moment der Hegemoniekrise betont, sieht Stephen Gill Ansätze für eine neue globale Hegemoniebildung, deren Kern die „transnationale Klassenfraktion“ als aufstrebende Klasse bildet. In Anlehnung an Gramsci spricht Gill von den Konturen eines „transnational historic block“ (Gill 2003: 90). Allerdings zeichnet sich dieser Block weniger durch seine Konsensstruktur aus, sondern vielmehr durch seine disziplinierenden Momente. Gill spricht daher lieber von Suprematie und nicht von Hegemonie (Gill 1997: 5). Vor allem von den G7 Staaten vorangetrieben, bilden für Gill die 1994 gegründete Welthandelsorganisation (WTO), aber auch der Internationale Währungsfonds (IWF), sowie die regionalen Prozesse wirtschaftlicher Integration (EU, NAFTA, ASEAN, Mercosur etc.) den Rahmen für einen neuen Konstitutionalismus, der eine neoliberale Marktdisziplin, die Vernetzung des globalen Kapitals und die Kommodifizierung weiterer Sozialbeziehungen vorantreibt (Gill 1997: 10ff.). In diesem multilateralen Kapitalismus werden, so Gill, Widersprüche zugunsten des Interesses des transnationalen Kapitals gelöst. Um die dominanten sozialen Kräfte zu beschreiben, die diese Entwicklung vorantreiben, spricht Gill daher vom „G7 Nexus“. Seine Beschreibung des Einflusses dominanter Kräfte ist nicht unproblematisch. In der Tendenz homogenisiert Gill die transnationale Klasse und lässt Widersprüche innerhalb dieser Klasse unbeachtet. Seine Beschreibung des Einflusses dieser Klasse geht von einer Usurpation der internationalen Organisationen durch die transnationale Klassenfraktion aus. Wie noch zu zeigen ist, blendet er damit zentrale Kämpfe aus und tendiert zu einer Entwicklungsvorstellung, bei der Geschichte nur durch dominante Kräfte gemacht wird. Gleichzeitig unterschätzt Gill durch diese Sichtweise konzeptionell die Bedeutung der Rolle von internationalen Organisationen bei der Vermittlung zwischen den verschiedenen Kapitalinteressen, wie auch bei der Desartikulation der Subalternen. Wie ich im Folgenden zeigen möchte, kann diese Ausblendung auf eine mangelnde institutionstheoretische Unterfütterung seiner Analyse zurückgeführt werden. Um die Widersprüchlichkeiten innerhalb und zwischen den Organisationen theoretisch beschreiben zu können, lohnt ein Blick auf die staatstheoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas, dessen Anliegen in den 1970er Jahren war, die marxistische Theorie staatstheoretisch weiterzuentwickeln.

## **Poulantzas' Staatstheorie**

Poulantzas bezieht sich, wie Gramsci auch, mit seinen Überlegungen in erster Linie auf den Nationalstaat und rekurriert dabei auf Gramscis Konzept des Erweiterten Staates. Der Internationalisierung der Ökonomie, die sich seit den 1970er Jahren verstärkt abzuzeichnen begann, trägt Poulantzas mit seinem Konzept der Internationalisierung der Staaten Rechnung. Damit meint Poulantzas nicht die Verlagerung der staatlichen Macht zugunsten einer supranationalen Organisation oder Apparates, wie er es nennt, sondern vielmehr die „interiorisierten Transformationen des Nationalstaates“ (Poulantzas 2001 [1973]: 63). Ein solcher Nationalstaat treibt, so Poulantzas, zunehmend eine Politik voran, die im Interesse des transnationalen Kapitals liegt. Das transnationale Kapital versteht Poulantzas in seiner Arbeit, die er vor allem in den 1960er und 1970er Jahren schrieb, als US-amerikanisches Kapital. Mit seinen staatstheoretischen Überlegungen tritt Poulantzas den Vorstellungen entgegen, die Internationalisierung werde von außen den Staaten übergestülpt, gewissermaßen als Usurpation der nationalen Ökonomie durch das expandierende US-amerikanische Kapital; eine Sicht, die heute noch von vielen globalisierungskritischen Stimmen vertreten wird. Die Internationalisierung wird nach Poulantzas vielmehr von innen vorangetrieben. Die treibende Kraft dieses Transformationsprozesses sei die *innere* Bourgeoisie, eine Kapitalfraktion, die in ihrer Existenz direkt vom transnationalen Kapital abhängt. Die *innere* Bourgeoisie als soziale Klasse unterscheidet Poulantzas von der *nationalen* Bourgeoisie, die ihre Existenzgrundlage im national orientierten Kapital besitzt (vgl. Kannankulam/Wissel im Erscheinen). Trotz der Abhängigkeit der inneren Bourgeoisie vom transnationalen Kapital verfüge diese über eine eigene ökonomische Grundlage und Akkumulationsbasis, so dass ihre Interessen durchaus in einen bestimmten Widerspruch zum transnationalen Kapital treten können (Poulantzas 2001 [1973]: 52f.). In diesem Spannungsfeld von widersprüchlichen Kapitalinteressen konstituiert sich Poulantzas zufolge die Politik einer Regierung, die hiernach Ausdruck einer Verdichtung dieser verschiedenen Kapitalfraktionen und des Verhältnisses zwischen herrschenden und beherrschten sozialen Klassen ist.

Poulantzas kritisiert mit dieser Staatskonzeption zum einen die Idee, dass der Staat von einer einzigen Macht, einer einzelnen Kapitalfraktion vereinnahmt ist, zum anderen aber auch die Idee des neutralen Staates, der als

Vermittler zwischen divergierenden Interessen auftritt. Den Staat versteht Poulantzas vielmehr als eine Vielzahl von Apparaten und Institutionen, in denen sich jeweils ein spezifisches Kräfteverhältnis kondensiert. In ihrer Verdichtung schreibt er den Apparaten und Institutionen eine gewisse eigene Materialität zu, die eine Struktur bilden, die Informationen selektieren, Entscheidungsprozesse ermöglichen, Prioritäten setzen und Maßnahmen auswählen, die punktuell konfliktuell oder kompensatorisch wirken können (Poulantzas 2002 [1978]: 166). In ihrer Beziehung zueinander können Poulantzas zufolge die Apparate und Institutionen durchaus miteinander konfliktuell sein. Staatliche Politik bleibe so in ihrer Gesamtheit immer zwangsläufig widersprüchlich und inkohärent. Dadurch finden sich, so eine zentrale These Poulantzas, die Widersprüche zwischen den sozialen Klassen und Klassenfraktionen immer auch im Staat wieder. Poulantzas betont hierbei, dass es gerade die Widersprüche zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen sind, die dem Staat eine relative Autonomie gewähren, der so erst eine organisierende Rolle einnehmen kann, indem er eine relative Einheit zwischen den verschiedenen Apparaten schafft und dadurch die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sicherstellen kann. Aus einer solchen theoretischen Perspektive ist der Staat kein einfaches Anhängsel einer dominierenden Macht, sondern besitzt eine eigene Materialität. Gleichzeitig wirkt der Staat, Poulantzas zufolge, auf die Macht zurück, indem er sich ihre Mittel aneignet. Entsprechend strukturiert er, so Poulantzas weiter, selbst wiederum die Kräfteverhältnisse und ist nicht nur Ausdruck derselbigen. Für die nachfolgenden Überlegungen ist zentral, dass Poulantzas diese Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen auch innerhalb des Staatsapparats wirken sieht (Poulantzas 2002 [1978]: 185f.). So bilde das Personal zum einen eine eigene soziale Gruppe, da die Apparate über eine eigene relative Autonomie verfügten und damit eigene Reproduktionsmechanismen hätten. Zum anderen verfügten sie aber auch über klare Verbindungen zu den sozialen Klassen der Gesellschaft. Die Segmentierungen innerhalb einer Gesellschaft spiegeln sich entsprechend innerhalb der Institutionen wider. In diesem Sinn finden gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe immer auch innerhalb der Institutionen statt.

Diese staatsrechtlichen Überlegungen, die Poulantzas für den nationalen Kontext anstellt, haben nun verschiedene Autoren auf die internationale Ebene übertragen, ohne dabei jedoch die Bedeutung der nationalen Ebene außer Acht zu lassen. Ulrich Brand und Christoph Görg sprechen von einer Verdichtung zweiter Ordnung (Brand/Görg 2003: 224):

„Konflikte auf nationaler Ebene gehen der Formulierung einer nationalen Strategie und damit den Interessengegensätzen auf internationaler Ebene voraus und begleiten sie im weiteren Politikprozess. Dies gilt selbst dann, wenn internationale Prozesse in vielen Fällen erst nationale Prozesse anstoßen.“ (Brand/Görg 2003: 224)

Die verschiedenen internationalen Organisationen betrachten die beiden Autoren hierbei als „staatsapparative Gebilde“ (Brand/Görg 2003: 41), die mit einander agieren und durchaus auch konfliktieren. In jeder dieser Organisationen und Regime verdichten sich demzufolge die weltweiten sozialen Kräfteverhältnisse in jeweils unterschiedlicher Form, je nach Verhandlungsmodi, Beteiligungs- und Zugangsrechten. Erst in ihrer Gesamtheit bilden sie die globale Hegemonie. Überträgt man nun Poulantzas Ausführungen zum Staatspersonal auf diese Organisationen, müssten die weltweiten Segmentierungen auch in der Zusammensetzung des Personals vorzufinden sein. Im Nachfolgenden möchte ich am Beispiel der Entwicklungspolitik zeigen, wie diese theoretischen Überlegungen einen alternativen Erklärungsansatz für die Bedeutung von transnationalen Wissensnetzwerken anbieten.

### **Die Rolle transnationaler Wissensnetzwerk in der internationalen Entwicklungspolitik**

Der Wandel hin zu einer transnationalen Ökonomie, der gleichzeitig mit einer monetaristischen Politik einherging, die auf die Reduktion staatlicher Ausgaben pochte, blieb nicht ohne Folgen für die Industrie- und Entwicklungspolitik der OECD-Länder. Die neoliberal orientierte Sparpolitik der OECD-Länder bewirkte eine zunehmende Reduktion staatlicher Ausgaben für Entwicklungshilfe (vgl. OECD 2002). Entwicklungshilfeorganisationen haben in der Folge begonnen sich vermehrt am privaten Kapital von Unternehmen zu orientieren. Dem gemäß betonte die internationale Konferenz der Vereinten Nationen *on Financing for Development* im März 2002 in Monterrey die Wichtigkeit von privaten Investoren für die Entwicklungspolitik.<sup>5</sup> Mit dieser verstärkten Orientierung am privaten Kapital zielte die Konferenz darauf ab, einen

---

<sup>5</sup> Siehe [www.un.org/esa/ffd/](http://www.un.org/esa/ffd/) (01. 06. 2004).

Privatisierungstrend in der Entwicklungspolitik zu verallgemeinern, der in verschiedenen Sektoren bereits seit den 1980er Jahren zu beobachten ist, eng verknüpft mit den Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.<sup>6</sup> Diese Privatisierung weckte das Interesse internationaler Investoren insbesondere an einigen Ländern des Südens (Hirst/Thompson 1996).

Der Trend zur „Privatisierung“ der Entwicklungspolitik erfolgte jedoch auch in anderen Bereichen. In den neunziger Jahren nahm insbesondere in den USA das Finanzvolumen von Stiftungen deutlich zu. Alleine zwischen 1995 und 2000 verdoppelte sich das Schenkungsvolumen von Stiftungen auf 27 Milliarden US-\$.<sup>7</sup> Auch wenn ein großer Teil dieses Geldes innerhalb der USA bleibt, zeigen sich immer mehr dieser Einrichtungen an einer Kooperation mit Ländern des Südens interessiert. Die „Privatisierung“ der Entwicklungspolitik stellt entwicklungspolitische Organisationen vor neue Herausforderungen, die sich am Beispiel der Weltbankgruppe, der größten multilateralen Geberorganisation, gut nachzeichnen lässt. Ich werde daher etwas ausführlicher auf dieses Beispiel eingehen.

Innerhalb der Weltbankgruppe führte die Privatisierung zu einer Aufwertung der *International Finance Cooperation* (IFC), die Organisation der Weltbankgruppe, die Darlehen an die Privatwirtschaft vergibt.<sup>8</sup> Diese Verschiebung innerhalb der Gruppe konnte jedoch nicht verhindern, dass die Weltbankgruppe und hier insbesondere die *International Development*

---

<sup>6</sup> Sehr deutlich lässt sich der Bedeutungszuwachs von privaten Anlagen am Beispiel des Telekommunikationssektors zeigen, der seit den achtziger Jahren weltweit einer Liberalisierungspolitik unterzogen wurde, so dass Ende 1999 bereits 89 Länder diesen Bereich ganz oder teilweise privatisiert hatten ([http://www.itu.int/ITU-D/ict/update/pdf/Update\\_1.pdf](http://www.itu.int/ITU-D/ict/update/pdf/Update_1.pdf)). Diese Liberalisierung weckte das Investitionsinteresse der großen transnationalen Unternehmen der Informationstechnologie.

<sup>7</sup> Für genauere statistische Angaben siehe [http://fdncenter.org/fc\\_stats/index.html](http://fdncenter.org/fc_stats/index.html) (04.02.2004).

<sup>8</sup> Ein Vergleich des Darlehensvolumens der IBRD und IDA mit dem der IFC für die Finanzperiode 1992-1995 mit den Jahren 1996-1999 resp. 1996-2001 macht dies im Bereich des Telekommunikationssektors sehr deutlich. In der ersten Periode vergaben die Weltbankorganisationen IBRD und IDA, die beide Staaten Geld leihen, rund 2 Milliarden US-\$ Darlehen in diesem Sektor, während das Darlehensvolumen für die zweite Finanzperiode von 1996 bis 1999 auf 300 Millionen US-\$ sank. Umgekehrt proportional entwickelte sich das Kreditvolumen der IFC, die für Investitionen im privaten Sektor zuständig ist. Von 788 Millionen US-\$ für die Jahre zwischen 1993-1995 stieg das Finanzvolumen für den Telekommunikationssektor auf rund 2,5 Milliarden US-\$ für die Periode zwischen 1996 und 2001 (World Bank 2002).

*Association* (IDA) und die *International Bank for Restruction and Development* (IBRD) als Geldgeberin an Bedeutung verlor angesichts der massiven Zunahme von privaten Geldströmen. Mit anderen Worten, der Weltbankgruppe drohte eine relative Marginalisierung. Umso empfindlicher traf die Weltbank die Kritik an ihren Strukturen und ihrer Politik, die sich in den 1990er Jahren zu mehren begann. Die Bank galt als unflexibel, bürokratisch und ignorant, unfähig auf die aktuellen Entwicklungen der Weltwirtschaft schnell zu reagieren (Fuster 1998). Massive Kritik konzentrierte sich auf das Einheitsmodell von Modernisierung, das in der Logik des „one-size-fits-all“ allen Ländern ähnliche Auflagen für die Darlehen machte. Diese allgemeine Unzufriedenheit bot einen guten Nährboden für eine große öffentliche Resonanz auf dezidiert bankkritische Stimmen, wie zum Beispiel anlässlich der Kampagne 1994 „Fünzig Jahre sind genug.“ (Cavanagh 1994; George/Sabelli 1995)

Diese von breiten Kreisen getragene Kritik erscheint angesichts der abnehmenden finanziellen Bedeutung der Weltbank erst mal paradox. Ein durch Poulantzas' Theorie informierter Blick erlaubt jedoch, die organisatorische Rolle der „Apparate“ besser einzuschätzen. Diese Rolle verweist auf eine Funktion internationaler Organisationen, auf die das transnationale Kapital nicht verzichten kann. Der Weltbank, wie den anderen internationalen Organisationen, allen voran der IWF, kommt, so die These, eine zentrale Rolle bei der Vermittlung der verschiedenen Interessen und Widersprüche zwischen den kurz- und langfristigen Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen zu, wie auch bei der Desartikulation der subalternen Interessen. Bei der Einbindung der Länder des Südens kommt der Weltbankgruppe als Vermittlerin zwischen Geber- und Nehmerländern ein besonderer Part zu. Das Interesse der verschiedenen Kapitalfraktionen an der Beibehaltung dieser Funktion der Weltbank bei gleichzeitiger Unzufriedenheit mit deren Politik kann als eine wichtige Ursache für die Krise betrachtet werden, in die die Weltbank in den 1990er Jahren geriet.

Der neue Weltbankpräsident James Wolfensohn, der 1995 sein Amt antrat, reagierte auf die Hegemoniekrise der Bank mit einer Umstrukturierung. Die Bank sollte schneller und flexibler auf die Weltmarkterfordernisse reagieren. Dabei legte Wolfensohn von seiner ersten Rede an großen Wert auf die Intensivierung der Kontakte zu neuen Akteuren im Norden wie im Süden (Wolfensohn 1995). Diese Strategie des Präsidenten wurde 1999 vom Bankdirektorium durch die Verabschiedung des *Comprehensive Development Framework* bestätigt. Nicht mehr nur Regierungen, sondern auch Akteure der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und andere internationale

Entwicklungsorganisationen sollten Partner der Bank werden. Das ebenfalls 1999 verabschiedete *privat sector development* Strategiepapier bestätigte nochmals die Wichtigkeit privater Investoren für die Länder des Südens. Mit dem Konzept der Weltbank als Wissensbank leitete Wolfensohn 1996 im Namen eines verbesserten Wissensmanagements eine Reorganisation der internen Struktur ein.<sup>9</sup> Gleichzeitig zielt das Konzept der Wissensbank auf die Reorganisation der Außengrenzen der Weltbankgruppe. Hier gewinnen nun die transnationalen Wissensnetzwerke an Bedeutung, die nicht einfach als *pressure groups* oder *think tanks* zu verstehen sind, die ihre Interessen weder von RegierungsvertreterInnen noch durch die Beurteilung von der *Wall Street* genügend vertreten sehen. In Rekurs auf Poulantzas' Begriff der relativen Autonomie gewinnt vielmehr die eingangs beschriebene Vielfalt von transnationalen Wissensnetzwerken eine strategische Bedeutung. Sie erlauben internationalen Organisationen, sich zur Moderatorinnen und Vermittlerinnen zwischen unterschiedlichen Positionen aufzuschwingen; eine Vermittlung, die aufgrund der Nord-Süd-Hierarchien immer auch eine Kooptation der Länder des Südens impliziert.

Um den strategischen Nutzen der Wissensnetzwerke zu illustrieren, werde ich als Beispiel das *Global Development Network* (GDN) vorstellen (Stone/Johnson 2000; Stone 2002a). Dieses Netzwerk, das sowohl bei seiner Gründung, wie auch beim späteren Aufbau finanzielle und personelle Unterstützung von der Weltbank erhielt, war bei seinem Anfang 1999 ein Zusammenschluss von sieben *think tanks* und akademischen Foren aus Nicht-OECD-Ländern (King 2000). Dem Gründungstreffen ging ein erweiterter Konsultationsprozess voran, bei dem die Weltbank verschiedene *think tanks* um ihren Input bat. Mit Struyk kann dieses Netzwerk als eine *association of think tanks under donor leadership or official patronage* verstanden werden. Ziel des Netzwerkes, das seit 2001 den Status einer nicht profitorientierten Nichtregierungsorganisation hat, ist die Verbesserung der Forschungskapazität in den Ländern des Südens. Praxisorientiertem Wissen, dem so genannten *tacit knowledge*, wird hierbei ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Entsprechend begann GDN regionale Netzwerke zu fördern und bereits bestehende in den Netzwerkverbund zu integrieren. Eine Erweiterung erfuhr das Netzwerk durch eine Online-Gemeinschaft, dem GDNet, das an eine *open assembly* erinnerte, um Struyks Terminologie zu verwenden. In diesem weiteren Forum waren zu Beginn auch kritische Stimmen involviert,

---

<sup>9</sup> Vgl. die neue Vision der Bank als Wissensbank <http://www.worldbank.org/ks/Knowledge.html> (01. 02. 2004).

so dass es durchaus, zumindest in Ansätzen, den Charakter eines *transnational advocacy network* besaß. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde GDN in GDN integriert, oder mit Gramsci gesprochen, kooptiert und erhielt eine Beraterfunktion für den Vorstand von GDN insbesondere in Bezug auf dessen Online Strategien (Stone/Johnson 2000). Ein vielleicht noch prominenteres Beispiel einer solchen Einbindungsstrategie der Weltbank war das Projekt *Structural Adjustment Participatory Review Initiative* (SAPRI), das mit dem Ziel antrat, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Einschätzung der Folgen von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) eine Stimme zu geben.<sup>10</sup> In ausgewählten Ländern wurden offene Foren für die über 200 mitwirkenden Süd-NGOs organisiert, die ihre Erfahrungen mit den SAP schildern konnten. Diese Foren dienten dazu Schwerpunkte für partizipative Studien zu erstellen. Diese öffentlich zur Diskussion gestellten Studien dienten wiederum als Grundlage für die Länderberichte, aus denen der Abschlussbericht erstellt wurde. Dieses Projekt, das vorwiegend von Stiftungen, einzelnen Regierungen und Nord-NGOs und nicht von der Weltbank oder den betroffenen Regierungen finanziert wurde, ist insofern interessant, da es auf die Grenzen der Moderationshoheit der Weltbank verweist. Aufgrund von Meinungsdivergenzen zwischen den betroffenen RegierungsvertreterInnen, dem Bankpersonal und den NGOs kam es nicht zu der geplanten gemeinsamen Veröffentlichung der Ergebnisse, sondern die Weltbank stellte einen eigenen Bericht auf ihre Website, während die Süd-NGOs den Abschlussbericht publizierten (Structural Adjustment Participatory Review International Network 2004).<sup>11</sup> Zentral an diesen beiden Beispielen ist, dass die Weltbank nicht mehr beansprucht, ein Entwicklungsmodell sozusagen als Blaupause vorzugeben, sondern vielmehr ein Forum bildet, in dem sie die Entwicklung von Modellen nur moderieren will. Die um die Weltbank gruppierten Wissensnetzwerke wie das GDN können in Anlehnung an Gramscis Konzept als Netzwerke von globalen Intellektuellen im weiten Sinne betrachtet werden, die durch die Weltbank organisiert werden und eine relative Autonomie in der Wissensproduktion ermöglichen (vgl. Gramsci 1996 [1932-1935]; siehe auch Poulantzas 2002 [1978]: 83f.). Damit versucht die Weltbank durch den Einbezug von neuen Akteuren ihre hegemoniale Führungsrolle als Denkschmiede für neue Entwicklungsprogramme wieder herzustellen. Das sich so konstituierende Entwicklungsmodell lässt sich

---

<sup>10</sup> Für einen guten Überblick dieses Prozesses siehe Ziai 2004.

<sup>11</sup> Die dem Abschlussbericht vorgelagerten Länderberichte stehen im Internet unter [www.saprin.org](http://www.saprin.org).

entsprechend als eines in seiner Genese nicht von den Industriestaaten vorgegebenes Rezept, sondern als Ausdruck eines Konsenses internationaler Wissensakteure darstellen. Gerade die Transnationalität der Wissensnetzwerke sichert, dass sie nicht einfach als Interessenvertreter bestimmter Länder betrachtet werden können. Ihr Wissen, das sich aus dem Austausch zwischen ForscherInnen aus den verschiedensten Regionen speist, kann überall einen einheimischen Status für sich beanspruchen und wird somit von den Ländern des Südens und des Nordens respektiert. Das Misslingen der gemeinsamen Veröffentlichung im zweiten Beispiel verweist jedoch darauf, dass die Führungsrolle durchaus umkämpft ist und nicht notwendigerweise zustande kommen muss.

Diese wissensgenerierende Funktion der Wissensnetzwerke verweist auf eine weitere Rolle der transnationalen Wissensnetzwerke, die von Joseph Stiglitz, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, in seiner Rede auf der Gründungskonferenz von GNet in Bonn indirekt angesprochen wurde:

„In a codified description of a ‚best practice‘ case study, the uncoded tacit knowledge is often the ‚rest of the iceberg‘.“ (Stiglitz 2000: 34)

Das Wissen um den Rest des Eisberges beschreibt Stiglitz als zentral für das Gelingen der Weltbankprojekte. Die Aneignung dieses *tacit knowledge* kann als Ausdehnung der internationalen Kontrolle verstanden werden. Damit gewinnt eine zweite Funktion der Einbindung von Wissensnetzwerken an Bedeutung. Gill verweist in seiner Arbeit auf die zunehmende Institutionalisierung einer panoptischen Macht, die er in Anlehnung an Bentham beschreibt (Gill 2003: 21). Diese Tendenz zur Ausweitung der Überwachung versteht Gill als Teil des Risikomanagements des transnationalen Kapitals. Die Orientierung des transnationalen Kapitals nennt Gill auch Transparenzkapitalismus, der aufkam als globale Wirtschafts- und Finanzkrisen immer häufiger auftraten und die wirtschaftliche Ungleichheit eklatant zunahm (Gill 2003: 32). Die Regulationsform des Kapitalismus kann gleichsam als Ausdruck eines Eingeständnisses der VertreterInnen des transnationalen Kapitals gedeutet werden, nicht in der Lage zu sein die Krisen zu verhindern, sondern allein sie genauer vorherzusagen und abzumildern. In diesem Sinn dient das Wissen der Wissensnetzwerke als Seismograph, der die Widersprüche gesellschaftlicher Reproduktion aufgrund verschärfter Akkumulation unter Zuhilfenahme des *tacit knowledge* ausloten soll. Transnationale Wissensnetzwerke verbessern mit anderen

Worten die organisatorische Rolle der Weltbankgruppe bei der Internationalisierung der Widerspruchsbearbeitung.

Jenseits der Wiederherstellung der Hegemonie der aufstrebenden sozialen Kräfte und der Kontrolle kann eine dritte Funktion der Einbindung von Wissensnetzwerken identifiziert werden. Das von Stiglitz erwähnte *tacit knowledge*, das aus Sach- und Traditionskenntnis, Vertrautheit mit lokalen Gegebenheiten und jahrelanger praktischer Erfahrung besteht, kann als Produktivkraft betrachtet werden. Die permanente Rückkoppelungsspirale von Informationen erlaubt eine Optimierung der Akkumulationsstrategien in einem Land. In Anlehnung an Karl Marx könnte es als *General Intellect* verstanden werden kann, da es sich um kollektives Wissen handelt. Oder mit den Worten von Hardt und Negri:

„General intellect is a collective, social intelligence created by accumulated knowledge, techniques, and know how.“ (Hardt/Negri 2002: 372)

Indem sich die Weltbank dieses Wissen aneignet und es wieder verkauft, setzt sie es in Wert. Was ansonsten von *Rating* Agenturen als Dienstleistung für die Finanzmärkte angeboten wird, versucht die Weltbank in einem globalen Maßstab abzudecken und damit ihre „Produktpalette“ zu diversifizieren (zu *Rating* Agenturen siehe Sinclair 2000). In diesem Aneignungsprozess vollzieht die Weltbank jedoch immer schon die Enteignung dieses „kollektiven“ Wissens, das sie in Wert setzt. Gleichzeitig verweist dieser Prozess aber darauf, wie abhängig das transnationale Kapital von der Kooperationsbereitschaft der transnationalen Wissensnetzwerke ist, deren Wissen, deren Erfahrung und deren Kenntnisse das Kapital niemals selbst produzieren kann.

Der Verweis auf diese drei Funktionen der Einbindung von Wissensnetzwerken erlaubt eine andere Interpretation von deren zunehmender Bedeutung im internationalen Rahmen. Ihr Einbezug führt zu einer veränderten Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse in den internationalen Organisationen, die so ihre relative Autonomie stärken können, trotz oder gerade angesichts ihrer nach wie vor existierenden Abhängigkeit von den mächtigen Staaten, dem G7-Nexus, wie es Gill nennt. Allerdings müsste viel systematischer, als dies bisher geschehen ist, untersucht werden, welche Netzwerktypen wie, von welchen internationalen Organisationen einbezogen werden. Ausgehend von den verschiedenen Netzwerktypen und den in ihnen verdichteten Kräfteverhältnissen wäre es

aufschlussreich, die Hierarchien zwischen den Netzwerken herauszuarbeiten und nachzuzeichnen: Welchen Netzwerken gelingt es, ihre Vorstellungen von sozio-ökonomischen Entwicklung, Politikformen, ja von Lebensweisen in die internationale Politik hineinzuformulieren? Welche der Diskurse werden systematisch zurückgewiesen, ausgeblendet oder überformt? Mit anderen Worten: Welche Kooptations- und Desartikulationsstrategien werden im internationalen Kontext entwickelt? Im Anschluss an Poulantzas' Überlegung zum Staatspersonal kann die Analyse der Interaktionen der verschiedenen Gruppen innerhalb einer durch die Wissensnetzwerke erweiterten Organisation und zwischen den verschiedenen Organisationen und Netzwerken Aufschluss über die gegenwärtigen globalen Machtverhältnisse geben. Allerdings dürfen die spezifischen Reproduktionsbedingungen der jeweiligen Organisationen nicht außer Acht gelassen werden. Aus solch einer theoretischen Perspektive lohnt es sich, sich dem Phänomen transnationaler Wissensnetzwerke sowohl empirisch als auch theoretisch ausführlicher zu widmen.

## **Literatur**

- Abelson, Donald, E. (1998): Think tanks in the United States, in: Stone, Diane/Denham, Andrew/Garnett, Mark (eds.): Think tanks across nations. A comparative approach. Manchester: Manchester Univ. Press. S. 107-126
- Aram Ziai (2004): Grenzen des konstruktiven Dialogs. Weltbank, Zivilgesellschaft und Strukturanpassung, in: iz3w. August/September 2004. S. 7-9
- Augelli, Enrico/Murphy, Craig (1988): America's Quest for Supremacy in the Third World. London: Pinter Publisher
- Bertelsmann Foundation (2004): Towards Democracy and a Market Economy. Bertelsmann Index of Development and Transformation 2003. Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Cavanagh, John (ed.) (1994): Kein Grund zum Feiern: 50 Jahre Weltbank und IWF. Kritik und Alternativen. Hamburg: Konkret Literatur
- Carter Center (2004): Annual Report 2002-2003. Atlanta: Carter Center
- Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske +Budrich

- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order*. New York: Columbia University Press.
- Cox, Robert W. (1998): *Multilateralismus und Weltordnung*, in: Cox, Robert W.: *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. Marburg: FEG am Institut für Politikwissenschaft
- Cox, Robert W. (1998): *Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen*, in: Cox, Robert W.: *Weltordnung und Hegemonie – Grundlage der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. Marburg: FEG am Institut für Politikwissenschaft
- Demirovic, Alex (2001): *Hegemoniale Projekte und die Rolle der Intellektuellen*, in: *Das Argument* 43. Jg., H. 1. S. 59-65.
- Fischer, Frank (2003): *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. Oxford: Oxford University Press
- Freedom House (2004): *Annual Report 2003*
- Fuster, Thomas (1998): *Die „Good Governance“ Diskussion der Jahre 1989 bis 1994: ein Beitrag zur jüngeren Geschichte der Entwicklungspolitik unter spezieller Berücksichtigung der Weltbank und des DAC*. Bern
- George, Susan/Sabelli, Fabrizio (1995): *Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank*. Hamburg: Konkret Literatur
- Gibbons, Michael/Limoges, Camille/Nowotny, Helga/Schwartzmann, Simon/Scott, Peter/Trow, Martin (1994): *The new production of knowledge. The dynamics of science and research in contemporary societies*. London: Sage Publications
- Gill, Stephen (1990): *American Hegemony and the Trilateral Kommission*. Cambridge: Cambridge University Press
- Gill, Stephen (1997): *Global Structural Change and Multilateralism*, in: Gill, Stephen (ed.): *Globalization, Democratization and Multilateralism*. Tokyo/New York/Paris: Macmillan/United Nations University Press. S. 1-17.
- Gramsci, Antonio (1995 [1932-1935]): *Philosophie der Praxis: Gefängnishefte 10 und 11*. Hamburg: Argument
- Gramsci, Antonio (1996 [1932-1935]): *Gefängnishefte Heft 12-15*. Hamburg: Argument
- Gramsci, Antonio (1998 [1934-36]): *Gefängnishefte 16-21*. Hamburg: Argument
- Grieco, Joseph (1988): *Anarchy and the limits of cooperation: A realist critique of the newest liberal institutionalism*, in: *International Organization*. 42. Jg., H. 3. S. 485-507

- Haas, Peter M. (1992): Introduction: epistemic communities and international policy coordination, in: Haas, Peter M. (ed.): Knowledge, Power, and International Policy Coordination. Columbia: University of South Carolina Press. S. 1-35.
- Hajer, Maarten (1993): Discourse Coalitions and Institutionalisation of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fischer, Frank/Forester, John (eds.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. London: UCL Press
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): Empire. Cambridge/London: Harvard University Press
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a. M.: Campus
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame (1996): Globalization in Question. The international economy and the possibilities of governance. Cambridge: Polity Press
- Kannankulam, John/Wissel, Jens (im Erscheinen): Innere Bourgeoisie, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6.2. Hamburg: Argument
- Keck, Margret/Sikkink, Kathryn (1998): Activists beyond Borders. Ithaca: Cornell University Press
- King, Kenneth (2000): Towards Knowledge-based Aid: A new way of working or new North-South divide, in: Education. 3. Jg., H. 2. S. 23-48
- McGann, James G./Weaver, R. Kent (eds.) (2000): Think Tanks & Civil Societies: Catalysts for Ideas and Action. London: Transaction Publishers
- McGrath, Simon (2001): Research in a cold climate: towards a political economy of British international and comparative education, in: International Journal of Educational Development. 21. Jg., H. 1. S. 391-400
- Moulier-Boutang, Yann (2001): Marx in Kalifornien: Der dritte Kapitalismus und die alte politische Ökonomie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. S. 52-53
- OECD (2002): 2001 Development Co-operation Report – New Impetus, New Challenge. Paris: OECD
- Poulantzas, Nicos (2001 [1973]): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Hamburg: VSA. S. 19-69
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA

- Raza, Werner (2001): Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringungen in der Europäischen Union. Marburg: FEG-Arbeitspapier
- Ruggie, John Gerard (1975): International Responses to Technology: Concepts and Trends, in: International Organization. 3. Jg., H. 29. S. 557-583
- Sasson, Anne Showstack (2001): Globalisation, Hegemony and Passive Revolution, in: New Political Economy. 6. Jg., H. 1. S. 5-17
- Scherrer, Christoph (2001): „Double Hegemony“? State and Class in American Foreign Economic Policymaking, in: Amerikastudien. 46. Jg., H. 4. S. 572-591
- Sinclair, Timothy J. (2000): Reinventing Authority: Embedded Knowledge Networks and the New Global Finance, in: Environment and Planning C. Government and Policy. 18. Jg., H. 4: S. 487-502
- Stiglitz, Joseph (2000): Scan globally; reinvent locally: Knowledge Infrastructure and the Localisation of Knowledge, in: Stone, Diane (ed.) Banking on knowledge. The Genesis of the Global Development Network. London/New York: Routledge. S. 24-43
- Stone, Diane (1996): Capturing the political Imagination. Think Tanks and the Policy Process. London: Frank Cass.
- Stone, Diane (2002a): The „Knowledge Bank“ and the Global Development Network, in: Global Governance. 9. Jg., H. 1. S. 43-61
- Stone, Diane (2002b): Knowledge Networks in the Global Agora. Unveröffentlichtes Manuskript
- Stone, Diane/Garnett, Mark (1998): Introduction. Think Tanks, Policy Advice and Governance, in: Stone, Diane/Denham, Andrew/Garnett, Mark (eds.): Think tanks across nations. A comparative approach. Manchester: Manchester Univ. Press. S. 1-20
- Stone, Diane/Johnson, Erik (2000): The Genesis of the GDN, in: Stone, Diane (ed.): Banking on knowledge. The Genesis of the global development networks. London/New York: Routledge. S. 3-23
- Structural Adjustment Participatory Review International Network (2004): Structural Adjustment: The SAPRI Report. The Policy Roots of Economic Crisis, Poverty and Inequality. London: Zed Books
- Struyk, Raymond J. (2002): Transnational Think Tanks Networks: Purpose, Membership and Cohesion, in: Global Networks. 2. Jg., H. 1. S. 83-90
- van der Pijl, Kees (1984): The Making of an Atlantic Ruling Class. London: Verso

- Votsos, Theo (2002): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Hamburg: Argument
- Wagner, Peter/Wittrock, Björn/Wollmann, Hellmut (1991): Social science and the modern state: policy knowledge and political institutions in Western Europe and the United States, in: Wagner, Peter/Weiss, C. Hirschon/Wittrock, Björn/Wollmann, Hellmut (eds.): Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads. Cambridge/London: Cambridge University Press. S. 28-85
- Weaver, R. Kent (1989): The Changing World of Think Tanks, in: Political Science and Politics. 22. Jg., H. 3. S. 564-578
- Witte, Jan Martin/Reinicke, Wolfgang H./Benner, Thorsten (2000): Beyond Multilateralism: Global Public Policy Networks, in: International Politics and Society. H. 2/2000. S. 176-188
- Wolfensohn, James (1995): Antrittsrede von James Wolfensohn am 10. Oktober 1995 vor dem Vorstand der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds
- World Bank (2002): Information and Communication Technologies. A World Bank Group Strategy. Washington: World Bank